



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Schadensminderung für mündige Bürger

Uchtenhagen, Ambros

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-198487>

Journal Article

Accepted Version

Originally published at:

Uchtenhagen, Ambros (2020). Schadensminderung für mündige Bürger. rausch. Wiener Zeitschrift für Suchttherapie, 9(3):169-175.

Schadensminderung für mündige Bürger?

Ambros Uchtenhagen

Zusammenfassung

Jede Politik im Interesse des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Ordnung (Public health and public order) muss bestrebt sein, Schäden vorzubeugen, indem mögliche Risiken klein gehalten werden. Darüber, wie das am besten zu erreichen sei, gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Sollen Gesetzgebung und Regeln für die Alltagspraxis die Bevölkerung durch Aufklärung und praktische Hilfestellungen befähigen, sich zu schützen durch sachgerechtes Verhalten? Oder aber: In welchem Ausmaß muss das Verhalten durch bindende Vorschriften gesteuert werden, um zu verhindern, dass Einzelne oder Gruppierungen ihre partikulären Interessen ohne Rücksicht auf andere oder sogar auf deren Kosten verfolgen? Anders gesagt: Ist Schadensminderung eine staatliche Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung, oder wie weit kann sie der freien Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger überlassen bleiben?

In diesem Artikel sollen diese beiden Positionen sowie die ihnen nachfolgenden durch historische Beispiele veranschaulicht und auf ihre Vor- und Nachteile hin analysiert werden.

Schlüsselwörter: öffentliches Gesundheitswesen, öffentliche Ordnung, Schadensminderung, gesetzliche Regelungen, freie Entscheidung

Summary

Any public health and public order policy must seek to prevent harm by minimizing potential risks. However, opinions differ widely on how best to achieve this. Should legislation and rules for everyday practice enable the population to protect itself through appropriate behavior by providing information and practical assistance? Or: to what extent must behavior be controlled by binding regulations to prevent individuals or groups from pursuing their particular interests without regard for others or even at their expense? In other words, is harm reduction a state task to protect the population, or to what extent can it be left to the free decision of citizens?

This article will illustrate these two positions, as well as those that follow them, with historical examples and analyze their advantages and disadvantages.

Keywords: public health, public policy, harm reduction, legal regulation, free decision

Jede Politik im Interesse des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Ordnung (public health and public order) muss bestrebt sein, Schäden vorzubeugen, indem mögliche Risiken klein gehalten werden. Darüber, wie das am besten zu erreichen sei, gehen die Meinungen allerdings weit auseinander.

Sollen Gesetzgebung und Regeln für die Alltagspraxis die Bevölkerung durch Aufklärung und praktische Hilfestellungen befähigen, sich zu schützen durch sachgerechtes Verhalten? Oder aber: In welchem Ausmaß muss das Verhalten durch bindende Vorschriften gesteuert werden, um zu verhindern, dass Einzel-

ne oder Gruppierungen ihre partikulären Interessen ohne Rücksicht auf andere oder sogar auf deren Kosten verfolgen?

Anders gesagt: Ist Schadensminderung eine staatliche Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung, oder wie weit kann sie der freien Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger überlassen bleiben?

Im Folgenden sollen diese beiden Positionen sowie die ihnen nachfolgenden durch historische Beispiele veranschaulicht und auf ihre Vor- und Nachteile hin analysiert werden. Vorausgeschickt sei, dass alle entsprechenden Staatstheorien erst möglich – und benötigt –

wurden, als die Vorstellung wie Macht zu legitimieren sei sich grundlegend gewandelt hatte. Während des ganzen Mittelalters und in einzelnen Staaten bis in die Gegenwart hinein wurde Macht durch eine „Gnade Gottes“ verliehen. Dieses Gottesgnadentum verband sich in der Regel mit dem Prinzip der Vererbbarkeit auf die leiblichen Nachkommen. Das war die Begründung der mächtigen Dynastien, die über Jahrhunderte hinweg ihr Machtmonopol ausüben konnten. Allerdings beruhte dieses System auf einer Dualität von einem kirchlichen und einem zivilen Machtzentrum (das von der Ermächtigung durch das erstgenannte abhängig blieb). Diese Dualität bot Raum für jede Art von Machtspielen bis zu Intrigen und Gewalttaten, deren bekannteste die Ermordung von Thomas Becket, Erzbischof von Canterbury durch Vasallen von König Henry II in 1170 ist (Drama von T. S. Eliot *„Death in the Cathedral“*; Elliott, 1981).

Der Obrigkeitsstaat

Das Ideal eines absolutistischen Staatsgebildes schuf der englische Philosoph und Mathematiker Thomas Hobbes (1588–1679). Vor dem Hintergrund eines im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Europa sowie nationaler/regionaler grausamster Religionskriege war ihm der Mensch ein Raubtier das rücksichtslos seine Interessen verfolgt und damit Ursache des größten Übels ist, des „Krieges aller gegen alle“. In seinem Hauptwerk *„Leviathan“* (Hobbes, 1651/2018) legt er dar, dass angesichts dieses Naturzustandes Sicherheit und Wohlergehen nur zu erreichen seien, wenn die Bürger in einer Art Staatsvertrag alle Macht einer zentralen Instanz übertragen, deren Aufgabe es ist, eine für alle geltende Ordnung zu errichten und zu verteidigen. Es gibt dann kein Recht auf Selbstbestimmung. Da der Mensch keine gesicherte Erkenntnis haben kann und eben so wenig ein objektives Wissen über Gut und Böse, muss die Zentralmacht sowohl eine staatliche wie eine kirchliche Instanz sein. Machtspiele wie im System des Gottesgnadentums sind damit ausgeschaltet. Sollte die Zentralmacht gestürzt werden, gilt das Prinzip unverändert und muss ein neuer Vertrag mit dem Nachfolger oder einer Nachfolgeorganisation abgeschlossen werden. Der Staatsvertrag ist eine Art Vorläufer einer Verfassung, aber ohne deren Merkmal einer Gewaltenteilung, stattdessen mit einer einzigen Zentralmacht mit absolutem Machtmonopol.

Der liberale Staat

Der liberale Staat ist das Gegenteil des Obrigkeitsstaats, entstanden als Reaktion auf dessen Spielraum für vielfachen Machtmissbrauch. Die eindrucklichste Schilderung – und Begründung – eines freiheitlichen Staatswesens verdanken wir dem englischen Philosophen und Ökonomen John Stuart Mill (1806–1873). Im liberalen Staat hat jedermann die Freiheit, seine eigenen Interessen zu verfolgen, solange die Interessen anderer nicht verletzt werden (das oberste Lebensziel ist die Förderung des eigenen Wohlergehens – *pursuit of happiness*). Die Aufgabe des Staates ist es, diese Freiheit vor der Tyrannei von Despoten, aber auch vor der Tyrannei der Mehrheit zu schützen. Das bedingt Gedanken- und Redefreiheit. Es gibt keine Zensur, selbst wer sich durch seinen Lebensstil und sein Verhalten schadet, bleibt unbehelligt; strafbar sind nur schädliche Auswirkungen des Verhaltens auf andere. Diese Grundsätze hat Mill in seiner Schrift *„On Liberty“* erstmals 1859 veröffentlicht (Mill, 1859). Damit trat er auch den weit verbreiteten Moralvorschriften seiner Zeit entgegen, die dem persönlichen Glück enormen Schaden zufügen können.

Der neo-liberale Staat

Kannte der liberale Staat noch die Pflicht, den Bürger vor Schaden durch andere zu schützen, entfällt diese Pflicht, wenn grenzenloser Wettbewerb zum obersten Gebot wird und die „unsichtbare Hand des Marktes“ alles zum Besten regelt. Damit wird die grenzüberschreitende, globale Herrschaft eines Marktes möglich, in welchem das Streben nach Rendite sich vor keiner Instanz zu rechtfertigen hat. Davon profitieren Personen und Interessengruppen wie Konzerne, die sich durch innovative Angebote auf dem Markt einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, auf Kosten von Verlierern, die z. B. durch Bindungen an Traditionen, Wertvorstellungen, politische Ideologien o. ä. in ihrer Wettbewerbsfähigkeit behindert sind. Interessanterweise hat diese Extremvariante kaum theoretische Vertreter, wohl aber einen prominenten Platz in der gelebten Geschichte, etwa im Sinne rücksichtsloser Ausbeutung durch Kolonialmächte und später durch internationale Konzerne, deren Reichtum auf Kosten unterbezahlter Arbeiter, unmündiger Kinder, zwangsrekrutierten Personals generiert wird. Am gravierendsten sind solche Auswüchse dort, wo politische Opposition und Sozialpartner wie Gewerkschaften und unabhängige Medien durch eine Gewaltherrschaft eingeschränkt oder verunmöglicht sind

und der Wettbewerbsvorteil durch die herrschenden Machtverhältnisse entsteht.

Im Gegensatz zu solchen real existierenden Verhältnissen gibt es auf der Ebene der Wirtschaftstheorie nur wenige prominente Gestalten, die ein solches neo-liberales Gesellschaftsmodell vertreten. Zu nennen wäre Milton Friedman (1912–2006), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der für seine Arbeiten den Nobelpreis erhielt. In seinem Hauptwerk *„Kapitalismus und Freiheit“* (*Capitalism and Freedom*; Friedman, 1962) befürwortete er einen freien Markt als besten Weg zur Bewältigung politischer und sozialer Probleme, während staatliche Eingriffe dazu außerstande seien. Dem Staat verbleibt die Aufgabe, Recht und Ordnung durchzusetzen, Eigentumsrechte zu garantieren, und jede Art von Monopolwirtschaft zu bekämpfen. Eine soziale Verantwortung, sich um die Gemeinschaft und nicht nur um den Profit zu kümmern, sei hingegen für das kapitalistische System nur schädlich und führe in eine totalitäre Herrschaft. Erstaunlicherweise empfiehlt Friedman allerdings ein bedingungsloses Grundeinkommen für jedermann, also einen staatlichen Eingriff, als Maßnahme zur Bekämpfung der Armut. Milton übte auf die neo-liberale Politik von Margaret Thatcher und Ronald Reagan erheblichen Einfluss aus.

Wie die von Friedmann dominierte Chicagoer Schule war die Wiener Schule von Friedrich August von Hayek (1899–1992) der Auffassung, ein freier Markt garantiere am besten eine gerechte Sozialordnung, weil er den Wohlstand generiere, der allen zugutekomme (Hayek, 1969). Allerdings plädiert er gleichzeitig dafür, dass der Staat die Rahmenbedingungen für eine freie Marktwirtschaft zu schaffen und zu kontrollieren habe, im Sinne von Eigentumsgarantie, Bereitstellung öffentlicher Güter, Zertifizierungen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Gesundheit (kein *laissez-faire!*) und die Sicherung eines Mindesteinkommens. Wie Friedman beeinflusste er Politiker wie Thatcher, Reagan und sogar General Pinochet, mit denen er auch persönlichen Kontakt hatte, in geradezu doktrinärem Kampf gegen alles was als „Sozialismus“ gelten konnte. Eine empirische Überprüfung seiner Positionen lehnte er grundsätzlich ab.

Auch die Freiburger Schule des Ordoliberalismus fordert einen durch staatliche Eingriffe ungehinderten Zugang zu einem freien Markt als Grundlage einer effizienten Wirtschafts- und Sozialordnung. Ein maßgebender Vertreter, Walter Eucken (1891–1950), verlangt dies in seiner Schrift *„Grundsätze der Wirtschaftspolitik“* (Eucken, 2004). Allerdings befürwortet

er staatliche Vorkehrungen zur Verhinderung von Kartellen und anderen nicht effizienzbedingten wirtschaftlichen Machtpositionen und Monopolen, unter dem Titel Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit. Ein *laissez-faire* Liberalismus des ungehemmten Gewinnstrebens wird ebenso abgelehnt wie eine staatlich gelenkte Planwirtschaft. Anders als bei Hayek wird den Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Korrektur unterschiedlicher Marktpositionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zugeschrieben. Damit waren wichtige Voraussetzungen für das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft vorbereitet.

Der soziale Rechtsstaat

Das Konzept des sozialen Rechtsstaats verbindet das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit demjenigen des sozialen Ausgleichs. Es handelt sich aber keineswegs um ein definitiv einheitliches Gebilde, Vielmehr gibt es unterschiedliche Auffassungen, auch was die Urheberschaft betrifft, die auf eine politisch gesteuerte Erfolgsgeschichte zurückgehen. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz haben nationale Varianten einer sozialen Marktwirtschaft ins Leben gerufen, und die Europäische Union hat mit dem Lissaboner Vertrag eine übernationale Variante ins Leben gerufen. Wilhelm Röpke (1899–1966) mit seiner Schrift *„Lehre von der Wirtschaft“* (Röpke, 1937/1994) gilt als der geistige Vater der sozialen Marktwirtschaft, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg von Minister Ludwig Erhard für die Bundesrepublik Deutschland in die Praxis umgesetzt wurde. Während Röpkes aktiver Widerstand gegen den Nationalsozialismus (was zu Verlust seines Lehrstuhls und zur Emigration führte) ihm ein Stück moralischer Autorität verhalf, entwickelte er später mit offenem Eintreten für Rassismus und Demokratieabbau eine Haltung extrem neo-liberaler Prägung.

Der soziale Rechtsstaat ist begrifflich nicht eindeutig festzulegen. Sozialstaatliche und rechtsstaatliche Prinzipien sollen sich darin ergänzen, was auf unterschiedliche Weise geschehen kann: keines dieser Prinzipien darf das andere dominieren. Dies gilt für die Gesetzgebung ebenso wie für die Rechtsauslegung. Das generelle Ziel ist ein Ausgleich rechtlicher und sozialer Unterschiede in der Gesellschaft in vielen Bereichen (z. B. Bildungspolitik, Steuerpolitik, Strafrecht), wozu es gesetzlich abgesicherter Interventionsmöglichkeiten staatlicher Instanzen braucht und andererseits ebenso abgesicherte Wege für den Bürger Veränderungen herbeizuführen. Ein fortgesetzter Prozess des

Ausgleichs unter sich verändernden Bedingungen ist unumgänglich. Es gibt keine ein für alle Mal geltende Gestalt sozialer Gerechtigkeit oder individueller Freiheit.

Und schließlich: woraus sich mögliche Schäden für die öffentliche Ordnung und das Gesundheitswesen ergeben, ist stets neu zu prüfen, Verantwortlichkeiten sind festzustellen und taugliche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sind immer wieder auszuhandeln. Staat und Bürger haben zwingend ihren Anteil daran.

Ausblick

Und heute? Die Reihe der Lebensumstände, in welchen Schadensbegrenzung ein Thema darstellt, ist endlos lang. Dazu gehört Alltägliche ebenso wie unvorhersehbar Eintretendes, Lokales/Regionales wie Globales, Alters- und Geschlechtsspezifisches, Gegenwärtiges und zu Erwartendes, um nur einige der Gefährdungskategorien zu nennen.

Vom Alltäglichen ist die Gefährdung im Straßenverkehr das naheliegendste und einleuchtendste Beispiel, da praktisch jedermann daran teilnimmt. Häufigen Schäden wird durch obligatorische Verhaltensvorschriften für Verkehrsteilnehmer, Sicherheitsvorschriften für Fahrzeuge, Verkehrsregelung und bauliche Maßnahmen vorgebeugt. Helmtragepflicht, Angurten beim Autofahren, Geschwindigkeitsbeschränkungen etc. etc. sind Einzelmaßnahmen, ebenso wie Ausrüstungsvorschriften und periodische Kontrollen der Fahrzeugsicherheit. Dazu kommen Schulung und Tauglichkeitsprüfung, Verkehrsampeln und Fußgängerstreifen. Staatliche Vorschriften verbinden sich mit Einsicht und Befolgen der Vorschriften seitens aller Beteiligten, mit Strafbarkeit von Übertretungen sowie einem Versicherungs-Obligatorium, um allfällige Schäden in ihren Auswirkungen zu begrenzen.

Nun kam es unerwartet zu einer geradezu explosiven Mengenzunahme an zu vermeidender Risiken durch die Erfindung, massive Produktion und Nutzung neuartiger elektronischer Fahrräder, Trottinets und Rollbrettern. Alle Altersklassen sind davon betroffen und alle Kategorien von Verkehrsteilnehmern, insbesondere auch Fußgänger. Rücksichtnahme auf andere ist eher selten, und die neuen Gefährte sind mit bis zu 45 km/h unterwegs.

Vollends unübersichtlich wurde die Lage dank einer ganz neuen Kategorie von hohen Risiken infolge der Corona-Pandemie. Das Einhalten der empfohlenen und vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen stellt immer wieder

eine Überforderung dar, sei es im Gewimmel überfüllter Gehsteige, sei es in der Menge der Pendler, die zu Stoßzeiten im öffentlichen Verkehr unterwegs sind. Kommt dazu noch eine ahnungslose oder bewusst provozierende Sorglosigkeit im Umgang mit der Ansteckungsgefahr (Stichwort „Superspreader“), dann wird die Lage für den Einzelnen wie für das überforderte Gesundheitswesen hochbrisant.

Ebenfalls zum Alltag gehört der Umgang mit Konsumgütern. Seien es Lebensmittel mit Rückständen von Antibiotika oder Pestiziden aus deren bedenkenlosem Einsatz in der Landwirtschaft, seien es Schadstoffe in Textilien und Kosmetika: Risiken sind allgegenwärtig, der Bürger hofft auf die Wirksamkeit staatlicher Vorschriften und Kontrollen, der Staat seinerseits auf freiwillige Selbstkontrolle und auf kritische Bürger, die sich informieren.

Ein anderes Beispiel einer alltäglichen, aber bewusst aufgesuchten Gefährdungslage ist der Sport, einschließlich des Gebrauchs von Anabolika, wobei die Eigenverantwortung der Betroffenen meist höher gewichtet wird als die Verpflichtung des Staates zur Prävention. Eher umgekehrt sind die Verhältnisse bei der Gefährdung durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Risikoexposition.

Unerwartete Gefährdungslagen entstehen durch Naturgewalten, durch selbstverschuldete Nachlässigkeit, durch böswillige Absicht Dritter. Auch hier gibt es Vorschriften im Umgang mit Feuer, Wasser, Gas und Strom, und ausreichende Deckung entstandener Schäden durch entsprechende Versicherungen ist vorgeschrieben.

Selbstschädigung als Herausforderung

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, die Fragestellung einmal umzukehren. Nicht: Wovor muss der Bürger mit Hilfe staatlicher Interventionen geschützt werden?, sondern: Wieviel Freiheit soll er haben, sich selber Schaden zuzufügen?

Was wissen wir über Verhaltensweisen, Ursachen und Ausmaß an Selbstschädigung? Wenn wir zunächst einmal absehen von der direktesten und radikalsten Form, nämlich freiwillig aus dem Leben zu gehen – wir werden darauf zurückkommen müssen – was steht dann zuoberst?

Es sind die Substanzen, die man je nach Perspektive als Genuss- oder Suchtmittel bezeichnet. Substanzen, die sich nach Wirkung, Gefährdungspotenzial, Erhältlichkeit und rechtlichem Status erheblich unterscheiden. Zum Teil sind es Begleiter der Menschheit seit

Urzeiten (nachweislich seit dem Neolithikum), zum Teil synthetische Innovationen aus illegalen Labors oder gewinnorientierten pharmazeutischen Firmen, die jährlich in großer Zahl auf den Markt gelangen. Darunter sind Substanzen, die medizinisch verwendbar sind, aber auch andere mit vorwiegend toxischer Wirkung (je nach Dosierung).

In der folgenden Übersicht versuche ich, Eigenschaften der wichtigsten Substanzen zusammenzufassen (vgl. Uchtenhagen 1998; WHO, 2004).

Alkohol

Akute Wirkung: Motorik und Kritikfähigkeit bei > 8 Prozent Alkoholgehalt beeinträchtigt. Blutalkoholwerte von 3.5 Promille gelten als lebensgefährlich. *Langzeitgebrauch:* Organschäden (Leber, Nieren, Nervensystem, Malignome); Abhängigkeit, erhöhte Mortalität.

Tabak

Akute Wirkung: anregend. *Langzeitgebrauch:* Organschäden (Bronchialkarzinom, kardiovaskuläre Schäden); Abhängigkeit, erhöhte Mortalität.

Tabakersatz: Nikotinkaugummi, *Kurzzeit:* Hilfe bei Entzug, *Langzeit:* evtl. orales Karzinom. Der Dampf aus E-Zigaretten ist weniger schädlich als der Tabakrauch mit seinen krebs erzeugenden Partikeln.

Opiate

Opium: akut oral sedierend, antidepressiv, geraucht berauschend; *Langzeit:* hohes Abhängigkeitspotenzial.

Heroin: Akut hohes Risiko der Überdosierung, v.a. bei i.v.-Applikation; *Langzeit:* i.v.-Konsum mit Spritzentausch hohes Risiko für Infektionskrankheiten (Hepatitis, HIV-Aids); sehr hohes Abhängigkeitspotenzial.

Methadon und *Buprenorphin* gute Eignung als oraler Heroinersatz in Substitutionstherapie, Risiko Überdosierung (WHO, 2009).

Kokain

Kokapaste: leichtes Analgetikum, stimulierend, macht indigener Bevölkerung in den Anden das Leben und Arbeiten in großer Höhe erträglich.

Pulver: akut geschnupft stark stimulierend und enthemmend, i.v. gespritzt erhöhter Blutdruck, Risiko Hirnblutung/Herzinfarkt, hohes Abhängigkeitspotenzial.

Crack: wird aus Kokainsalz und Natron hergestellt und in kleinen Pfeifen geraucht. Wirkungseintritt ist extrem rasch, sehr hohes Abhängigkeitspotenzial.

Amphetamine

Stimulantien zum oralen oder i.v.-Gebrauch; akute und Langzeit-Wirkung ähnlich wie bei Kokain.

MDMA (Ecstasy)

Eigenständige Substanzgruppe mit sowohl halluzinatorischen als auch stimulierenden Wirkungen, erhöhte Empathie, Kontaktbereitschaft, Teilnahme an Discos, Raves bis zur Erschöpfung, Mehrfachkonsum (Kovar et al., 1997).

Halluzinogene

Akute Wirkung: halluzinatorische Rauschzustände. Durch indigene Völker sowie durch Sekten kollektiv genutzt für religiöse Rituale.

LSD: Entdeckt durch den Basler Chemiker Albert Hoffmann, als empathie- und meditationsfördernd erlebt und Friedensbringer angepriesen, von der Hippiebewegung in die kalifornische, dann europäische Drogenszene übernommen. Heute therapeutische Verwendung in der Psychotherapie verdrängter traumatischer Erfahrungen und Angstzustände.

Cannabis

Cannabis indica, im Unterschied zum Industriehanf stimulierendes Rauschmittel, Intensität abhängig vom Gehalt an Tetra-hydro-Cannabinol (THC). Als neolithische Grabbeigabe in Pakistan nachgewiesen; wechselvolle Geschichte des medizinischen Gebrauchs als krampflösendes, analgetisches, appetitförderndes Kräuterheilmittel.

Von den UNO-Konventionen als verbotene Droge eingestuft, kann THC (Handelsname Dronabinol) in der Schweiz mit Bewilligung des Bundesamtes für Gesundheit verschrieben werden als Tropfen, Kapseln und Mundspray mit krampf- und schmerzlösenden sowie appetitfördernden Eigenschaften. Frei verkäuflich ist ein anderes Hanfprodukt, Cannabidiol, mit geringem THC-Gehalt.

NPS

Neue psychoaktive Substanzen (New Psychoactive Drugs, NPD) mit vorwiegend opiat- und cannabisähnlichen, aber auch halluzinogenen Eigenschaften kommen alljährlich in unübersichtlicher Menge und mit unbekannten Risiken auf den Markt. Die Meldestelle für Drogen und Drogensucht der Europäischen Union in Lissabon bietet im European Drug Report 2019 die neuesten Angaben dazu (s. EMCDDA, 2020). Vor allem zwei Varianten von NPS sind in einer Studie als wichtig erkannt worden (Reuter & Pardo, 2016):

- Substanzen mit ähnlicher Wirkung wie verbotene Drogen, die aber noch nicht als illegal eingestuft sind und deshalb ohne das Risiko rechtlicher Folgen konsumiert werden können
- Substanzen, die mit den üblichen Testverfahren nur schwer zu entdecken sind.

Wie soll mit solchen neuen Substanzen umgegangen werden? Zuständig sind dafür nationale Behörden, mit der Konsequenz, dass sich die Lösungen von Land zu Land unterscheiden. Einige (z. B. England) erklären alle NPS als illegal bis zur Abklärung ihrer allfälligen medizinischen Verwendbarkeit oder Ungefährlichkeit als Freizeitdrogen. Andere (z. B. die Schweiz) warten die Abklärungsergebnisse ab, bevor ein Entscheid über den Legalitätsstatus gefällt wird. In diesem Falle ist der Konsument selbst dafür verantwortlich, wenn er einen Schaden erleidet. Für die Abklärung der Risiken bzw. der Nützlichkeit der neuen Substanzen empfiehlt sich ein Vorgehen, das sich nicht auf den Stellenwert der Konsummenge beschränkt, sondern gesundheitliche und soziale Begleitumstände des Konsums mitberücksichtigt (Uchtenhagen, 2012).

Hinweise auf Art und Größenordnung der Risiken die er beim Konsum von Sucht- und Genussmitteln eingeht, gehen auf Studien des englischen Psychiaters und Pharmakologen David Nutt zurück. Der Bürger soll wissen, dass das Rauchen extrem süchtig macht und jährlich zu rund fünf Millionen Todesfällen führt, während der Alkoholkonsum immerhin zu rund 2.5 Millionen Todesfällen führt und illegaler Drogenkonsum insgesamt rund 200 000 Opfer fordert (Nutt et al., 2007; aktueller Stand: EMCDDA, 2020).

Die extremste Form der Selbstschädigung ist der Suizid. Das Risiko kann durch staatliche Vorkehrungen (Waffengesetze, Umgang mit Giften u. a.) vermindert, aber nicht ausgeschaltet werden. Hingegen sind heute vielfach Hilfestellungen für einen assistierten Suizid auf Verlangen im Gespräch mit ihren ethischen, rechtlichen und medizinischen Aspekten.

Wo lauern die nächsten Risiken?

Es gibt globale Entwicklungen, die auf ein Risikopotential hinweisen, das bereits absehbar ist, im ganzen Umfang aber erst die nachfolgenden Generationen treffen wird. Es geht um die demographische Entwicklung mit über- und unterbevölkerten Regionen (UN, 2019). Es geht um die bereits im Gang befindlichen Klimaveränderungen mit der Folge künftig unbewohn-

barer Landstriche infolge Versteppung oder Überflutung, um die aggressive Suche nach neuen Bodenschätzen und Energiequellen, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Lokale/regionale Krisenherde und kriegerische Auseinandersetzungen werden diese Entwicklung begleiten, und das alles zusammen wird Migrationsströme auslösen, in deren Verlauf es fast nur Verlierer geben kann. Die Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit, das Gesundheitswesen, den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen werden gewaltig sein. In wessen Verantwortung fällt die Abwendung der zu erwartenden Schäden? Wird die Fragestellung unseres Titels überhaupt noch Sinn machen?

Dieses abschließende Szenario soll weder entmutigen noch zu Hasardspielen einladen. Es soll verhindern, sich riskante Illusionen zu machen, und es soll in uns allen das Bewusstsein wachhalten, dass wir hier und jetzt unser Bestes zu geben haben, ganz im Sinne von Jonathan Franzens (2018) Mahnung in „*The End of the End of the Earth*“: sich nicht hinter falscher Sicherheit verbergen, aber sich seiner Verantwortung stellen, wo und wie immer das möglich ist.

Literatur

- Eliot, T. S. (1981). *Death in the cathedral*. **Verlagsort:** ●●● Faber and Faber.
- EMCDDA. (2020). *European drug report 2019*. Lisbon: European Monitoring Centre on Drugs and Drug Addiction.
- Eucken, W. (2004). *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Stuttgart: UTB.
- Franzen, J. (2018). *The end of the end of the earth*. New York: Farrar, Straus & Giroux.
- Friedman, M. (1962). *Capitalism and freedom*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F. A. v. (1969). *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren* (Kieler Vorträge 56). Kiel: **Verlag** ●●●
- Hobbes, Th. (2018). *Leviathan or the matter, forme and power of a commonwealth ecclesiastical and civil*. **Verlagsort: Verlag** ●●●???. (First published 1651)
- Kovar, K.-A., Muszynski, I. & Burmester, J. (1997). Ecstasy today and in the future. *Sucht, Sonderband*.
- Mill, J. S. (1859). *On liberty*. Mineola, NY: Dover Publications.
- Nutt, D., King, L. A., Saulsbury, W. & Blakemore, C. (2007). Development of a rational scale to assess the harm of drugs of potential misuse. *Lancet*, 369, 1047–1053.



- Reuter, P. & Pardo, B. (2016). Can new psychosactive substances be regulated effectively? *Addiction*, 112, 25–31.
- Room, R. (2006). Social policy and psychoactive substances. In D. J. Nutt, T. W. Robbins, G. W. Stimson, M. Ince & A. Jackson (Eds.), *Drugs and the future: brain science, addiction and society* (pp. 337–359). London: Academic Press.
- Röpke, W. (1994). *Die Lehre von der Wirtschaft*. Bern: Haupt. Erstausgabe 1937
- Uchtenhagen, A. (1998). Arten, Funktionen und Wirkungen der Drogen. In A. Kreuzer (Hrsg.), *Handbuch des Betäubungsmittelstrafrechts* (S.). München: Beck.
- Uchtenhagen, A. (2012). How to measure outcome in clinical trials of substance abuse treatment. *Addiction*, 107, 720–722.
- UN. (2019). *World population prospects: key findings*. United Nations Department of Social and Economic Affairs. <https://population.un.org/wpp> – accessed at 01.07.2020.
- UNODC. (2020). *World drug report 2019*. Vienna: United Nation Office on Drugs and Crime.
- WHO. (2004). *Neuroscience of psychoactive substance use and dependence*. Geneva: World Health Organisation.
- WHO. (2009). *Psychosocially assisted pharmacological treatment of opioid dependence*. Geneva: World Health Organisation.



Prof. em. Dr. Dr. Ambros Uchtenhagen

Professor für Sozialpsychiatrie an der Universität Zürich und Co-Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik. Seit der Emeritierung Aufbau und Leitung des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung, ein WHO Collaborating Centre assoziiert mit der Universität Zürich. Mitglied des WHO Expert Panel on Drugs.
ambros.uchtenhagen@isgf.uzh.ch